

## Seehofers Politik: Populismus. Rasante Richtungswechsel. Leere Versprechungen. Das große Projekt fehlt. Wertvolle Zeit für die Modernisierung im Land wird vertan.

Rede von Markus Rinderspacher, MdL,  
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion  
in der Haushaltsdebatte des Bayerischen Landtags  
München 5. April 2011

Die Aussprache zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten dient traditionell der Generalausprache des Hohen Hauses. Wir stellen jetzt fest: Bis zum heutigen Tag hat die Staatsregierung deutlich mehr Regierungserklärungen abgegeben als die Vorgänger-Regierungen. In immer kürzeren Abständen wird es für die Regierung Seehofer notwendig, die eigenen Kehrtwendungen und Purzelbäume gegenüber dem Parlament und der bayerischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Die Halbwertszeit der Erklärungen überdauert in dieser Regierung häufig nur wenige Wochen, ja, wenige Tage. Die Rasanz, wie aus Angst vor dem Wähler immer wieder aufs Neue abrupte Richtungswechsel vollzogen werden, ist geradezu atemberaubend. Daher ist mehr als fraglich, ob die windelweichen Positionsbestimmungen des Ministerpräsidenten heute über den Tag hinaus Geltung haben werden.

Wenn die Regierung Seehofer überhaupt einen Kompass hat, dann ist dessen Nadel von einem chronisch schweren Schüttelfrost befallen. Die Ausschläge zittern in alle Richtungen. Das wird jeden Tag deutlich. Das einzige Verlässliche in dieser Regierung ist die Unzuverlässigkeit, das einzig Beständige die Unbeständigkeit, das einzige Stetige das Impuls- und Flatterhafte.

Bayern - das hat nicht nur die von der SPD aufgedeckte Meinungsumfragenaffäre des vergangenen Jahres gezeigt - hat eine Regierung, deren Handeln nicht durch politische Grundüberzeugungen geprägt ist. Nein, wirklich alles hat sich dem unbedingten Machtwillen der beiden Koalitionsparteien unterzuordnen. Beide verfolgen unterschiedliche Ziele. Die CSU möchte die absolute Mehrheit wiedererlangen. Die FDP möchte auch in den Bayerischen Landtag 2013 einziehen.

**Dieses Land wird regiert von Horst Emnid  
und Infratest Seehofer. Sein Motto: Gebt mir  
eine Umfrage, und ich kenne meine Meinung.**

Eines ist klar, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP: Mit dieser sprunghaften und inkonstanten Wackelpolitik werden Sie diese Ziele ganz gewiss nicht erreichen.

Verkörpert wird diese Regierung von einem Ministerpräsidenten, der sich als das Ausführungsorgan der Demoskopen versteht. Er gibt nicht die Richtung vor. Er sagt nicht, wohin er mit diesem Land will; auch heute sagt er das wieder nicht. Er sagt den Menschen in Bayern nicht, wohin die Reise geht. Nein, er lässt sich von Meinungsumfragen führen und verführen.

Im Zweifel sind dies jene am Parteiinteresse der CSU orientierten Resonanzstudien, die er selbst auf Kosten des Steuerzahlers in Auftrag gegeben hat inklusive Wahlkampftipps, wie der Koalitionspartner FDP am besten zu bekämpfen ist. Dieses Land wird regiert von Horst Seehofer und Infratest Seehofer. Sein Motto: Gebt mir eine Umfrage, und ich kenne meine Meinung.

Wozu eigentlich ein eigenständiger politischer Kurs? Wohl selten waren Meinungsbildungsprozesse so einfach gestrickt wie in den vergangenen zweieinhalb Jahren, während denen Sie auf dieser Regierungsbank sitzen.

Dieser blanke Populismus, auf den der Herr Ministerpräsident in Interviews auch noch unverhüllt stolz ist und den er als vermeintliche Bürgernähe postuliert, ist nichts anderes als ein Mangel an Verantwortung für die politische Zukunft unseres Landes.

Ich stelle fest: Diese Regierung ist alles andere als konservativ. Diese Regierung ist auch nicht liberal. Diese Regierung ist die kurzatmige Zweckgemeinschaft einer politischen Beliebigkeit, wie man sie in Bayern bis dato nicht kannte.

An die Stelle des Regierens ist das Hinterherhecheln hinter aktuelle Stimmungen und Strömungen getreten.

Eines steht fest: Von den schwarz-gelben Koalitionsverträgen aus den Jahren 2008 und 2009 ist außer ein wenig verblasster Tinte nicht viel übrig geblieben. Aus dem Herbst der Entscheidungen im Jahre 2010 - was ist daraus geworden? Wir wissen, dass es ein Herbst der Fehlentscheidungen war.

Das zunächst glühende Bekenntnis zum transatlantischen Wertebündnis im Bund ist einem wahltaktischen Manöver hin zu einer standpunktlosen Enthaltung in der Libyenfrage gewichen. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren wichtiger als der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Bei der Wehrpflicht, für die CSU und ihren Ministerpräsidenten noch im Frühjahr des vergangenen Jahres ein Markenzeichen, dauerte es nur wenige Tage, bis der Ministerpräsident wie von oberfränkischer Zauberhand geleitet, umgefallen ist. Versprochen hat Schwarz-Gelb den Menschen im Land mehr Netto vom Brutto für alle; herauskamen Zusatzbelastungen für die Mehrheit, unter anderem durch die Kopfpauschale. Dafür gab es einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie, für schwerreiche Erben und gewinnstarke Finanzinstitute.

Einer musste mittlerweile die Konsequenzen aus dem Regierungschaos ziehen, nämlich Guido Westerwelle. Aber für die Bundeskanzlerin steht zu befürchten, dass der zweite unberechenbare Quälgeist und notorische Einzelspieler in der Berliner Regierungskoalition noch eine Weile CSU-Chef bleibt.

**Ein Blick in den Haushalt genügt, um zu sehen, dass  
der Ministerpräsident es nicht ernst meint mit seiner Energiewende.**

Jetzt - der Herr Ministerpräsident ist wenigstens am Rande darauf eingegangen - kommt die abrupte Kehrtwende in der Atompolitik. Noch im vergangenen Herbst hatten Union und Liberale mit ihrer Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke den von Rot-Grün herbeigeführten gesellschaftlichen Konsens in der Atomfrage ausgehebelt. Nun legt Horst Seehofer in der Energiepolitik den Schalter um, und Markus Söder ruft plötzlich zu einer Demonstration gegen sich selbst auf. Ausgerechnet diese beiden Herren, die im vergangenen Jahr noch ganz anders gesprochen haben als heute! Ich stelle fest: Wenn ein Verlust an politischer Glaubwürdigkeit zur Schrumpfung führen würde, dann könnten CSU und FDP gemeinsam unter dem Teppich Fallschirmspringen üben.

Ein Blick in den Haushalt genügt, um zu sehen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, es nicht ernst meinen mit Ihrer Energiewende. Kein einziger zusätzlicher Cent ist bereitgestellt. Im Gegenteil, Sie streichen für das Jahr 2012 das Klimaschutzprogramm. Alle diesbezüglichen Anträge der Opposition wurden von Ihnen abgelehnt.

Sie wollen angeblich die Brücke in das Zeitalter erneuerbarer Energien verkürzen. Doch ein Blick in den Haushalt zeigt: Sie stehen de facto mit beiden Beinen fest im Atomzeitalter. Deshalb besteht Ihr energiepolitisches Bekenntnis aus nichts anderem als ein paar warmen Worten. Zur Erinnerung: Am 27. Juli vergangenen Jahres hatten Sie, Herr Seehofer, gesagt, es mache keinen Sinn, Atomkraftwerke abzuschalten, solange sie sicher sind. Und ein Zitat vom Februar 2011 lautet: "Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, sollten wir sie am Netz lassen."

Sie, Herr Seehofer, Sie ganz persönlich, waren eine treibende Kraft, damit die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland verlängert wurden. Deshalb gehört zu einem glaubhaften Kurswechsel, den wir im Prinzip begrüßen würden, auch das Eingeständnis früherer Fehleinschätzungen. Sie haben die Chance verpasst, dies heute hier deutlich zu machen.

Ich könnte noch eine Vielzahl von Zitaten der Herren Söder, Zeil oder Hacker bringen, erspare mir das aber angesichts der Kürze der Redezeit.

Erstaunlich ist allerdings, dass ausgerechnet Sie, Herr Ministerpräsident, nun zu einem neuerlichen gesellschaftlichen Konsens aufrufen, den Sie selbst mit einer zentralen Entscheidung Ihres "Herbstes der Entscheidungen" aufgekündigt hatten. Heute kündigen Sie an, Sie wollten Gespräche mit allen im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen führen, also ausgerechnet mit jenen Vertretern der Opposition, die von Ihnen noch vor wenigen Wochen als ideologisch verblendet, als politische Phantasten und Ökospinner beschimpft und verunglimpft wurden. Nun suchen Sie ausgerechnet Unterstützung und Hilfe bei denjenigen, die Sie noch im vergangenen Atomherbst politisch erbittert bekämpft haben. Jetzt sollen Ihnen ausgerechnet SPD, Freie Wähler und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dabei behilflich sein, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Das ist ein schlechter Scherz der Geschichte.

**Unsere Forderungen sind klar. Wir fordern, den acht ältesten Atomkraftwerken in Deutschland endgültig die Betriebserlaubnis zu entziehen**

Wir fragen uns, mit wem wir denn als Opposition die Gespräche führen sollen. Vielleicht mit Herrn Michelbach von der CSU-Mittelstandsvereinigung oder vielleicht mit Erwin Huber, der noch vor einigen Tagen flammende Plädoyers für die Atomkraft gehalten hat?

Unsere Forderungen sind klar. Wir fordern, den acht ältesten Atomkraftwerken in Deutschland endgültig die Betriebserlaubnis zu entziehen, darunter auch Isar 1, und die Anlagen, die derzeit im Zuge des Moratoriums der Bundesregierung vom Netz genommen werden, für immer stillzulegen. Die Laufzeitverlängerung für alle anderen AKWs muss rückgängig gemacht werden. Das sind unsere Bedingungen, wenn wir in ein Gespräch eintreten sollen.

Richtig ist: Wir brauchen eine stärkere Förderung der erneuerbaren Energien und der dazu notwendigen Netze und Speichertechnologien. Aber nichts davon ist in Ihrem Haushalt zu finden.

Wir müssen einen sehr viel stärkeren Akzent auf die dezentrale Energieversorgung legen, bei der unseren Kommunen eine besondere Bedeutung zukommt. Die Bevölkerung soll vor Ort dort beteiligt werden, wo es möglich ist, beispielsweise bei Bürgerwindparks oder Bürgersolarkraftwerken. Wir sind überzeugt: Der Umbau der Energieversorgung eröffnet neue Chancen für die Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze. Bayern und Deutschland können massiv vom Export von Umwelt- und

Effizienztechnologien profitieren. Deshalb müssen wir den Weg beschreiten, Herr Ministerpräsident, den Sie in den letzten Wochen in zum Teil erfreulicher rot-grüner Terminologie beschritten haben. Aber Worte allein reichen nicht. Dieser Haushalt, den wir in diesen Tagen beraten, ist ein energiepolitischer Anachronismus, der nichts mit Ihren warmen Worten zu tun hat. So müssen wir befürchten, dass Ihren Ankündigungen wieder einmal nichts anderes folgt als Tatenlosigkeit, wie es auch in anderen Bereichen beispielhaft ist.

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit haben Sie die Integration zu einem zentralen Thema Ihrer Politik gemacht. Sie sagten, es sei für Sie das zentrale Thema. Beim "Politischen Aschermittwoch" der CSU in Passau und heute bei Ihrer Rede im Bayerischen Landtag fand sich nicht ein Wort dazu, obwohl sie doch angeblich von zentraler Bedeutung für unser Land ist.

Die Art und Weise, Herr Ministerpräsident, wie Sie im vergangenen Jahr nach monatelangem Schweigen das Thema in die bayerische Öffentlichkeit eingeführt haben, spricht Bände. Zuerst hatte es den Anschein, als wollten Sie sich überhaupt nicht an der Debatte beteiligen. Die Debatte tobte über mehrere Wochen hinweg in den Medien und lief insbesondere auch in der Sozialdemokratie nicht immer so, wie wir uns das in Bayern gewünscht hätten. Sie haben geschwiegen und dann plötzlich ein Interview gegeben - klassisch Seehofer! -, in dem Stimmung gemacht wird gegen Zuwanderer, insbesondere mit muslimischem Hintergrund, wobei in Kauf genommen wird, dass damit der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Lande beschädigt wird.

Dass es Ihnen, Herr Ministerpräsident, offensichtlich nur darum geht, die Meinungshoheit über die Stammtische in Bayern zurückzuerobern, haben Sie beim "Politischen Aschermittwoch" in Passau ein weiteres Mal bewiesen. Nicht etwa hier im Hohen Hause kündigen Sie an, die Bayerische Verfassung verändern zu wollen - auch heute nicht -, nicht etwa mit einer konkreten seriösen Gesetzesinitiative suchen Sie die Debatte mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag, deren Zustimmung Sie für eine Verfassungsänderung benötigen. Nein, bei einer bierseligen Rede beim "Politischen Aschermittwoch" schießen Sie aus der Hüfte. Sie hatten zu Beginn Ihrer Amtszeit einen neuen politischen Stil auch gegenüber dem Parlament versprochen. Was damit gemeint war und was davon zu halten ist, das wissen wir jetzt.

Das ist ganz gewiss nicht der Stil, den wir uns hier im Hohen Hause von Ihnen wünschen, Herr Ministerpräsident.

**Voraussetzung für eine gelungene Integration  
sind für uns nämlich klare Zielsetzungen  
und eine Willkommenskultur mit festen Regeln**

Bei einem Blick in den Haushalt wird auch deutlich, dass Sie es mit der Integration eben nicht ernst meinen. Seit Ihren unzähligen Initiativen in Bierzelten und gegenüber den bayerischen Medien dachte man, da tut sich etwas. - Nichts von alledem, kein einziger Integrationskurs in Bayern mehr, kein einziger zusätzlicher Sprachförderungskurs in den Vorschulen, in den Kindertagesstätten - im Gegenteil, Sie nehmen hier sogar noch Kürzungen vor -, kein einziger zusätzlicher Erzieher oder sozialpädagogischer Betreuer mit Migrationshintergrund. All das gibt es in Ihrem Haushalt nicht. Deshalb sage ich: Nach den Integrationsdebatten im vergangenen Jahr müssen wir doch jetzt dazu übergehen, zu handeln und auch gesetzgeberisch tätig zu werden.

Deshalb hat meine Fraktion ein Integrationsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht, das bereits in Erster Lesung behandelt wurde. Voraussetzung für eine gelungene Integration sind für uns nämlich klare Zielsetzungen und eine Willkommenskultur mit festen Regeln. Integration bedeutet für uns Chancengleichheit und die Möglichkeit zur Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben, unabhängig von der sozialen Herkunft und unabhängig von der

Religionszugehörigkeit. So sieht unser Gesetzentwurf im Bildungsbereich insbesondere ein verpflichtendes Kindergartenjahr vor Schulbeginn vor, in dem Deutsch ein pädagogischer Schwerpunkt ist. Auch sollen Kinder ohne Deutschkenntnisse nicht in die Schule kommen, sondern so lange ausschließlich und intensiv in Deutsch unterrichtet werden, bis sie in der Schule mithalten können. Die SPD fordert in diesem Gesetzentwurf die verpflichtende Einrichtung von Integrationsbeiräten in Kommunen ab 30.000 Einwohnern und die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Leitgedanke unseres Gesetzentwurfs ist das, was auch Sie einfordern, nämlich das Prinzip von Fördern und Fordern. Leitgedanke ist die Formulierung von Bundespräsident Johannes Rau, der bereits vor zehn Jahren in einer bemerkenswerten Rede eine neue Anstrengung für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ohne Angst und ohne Träumereien gefordert hat.

Herr Ministerpräsident, ich fürchte, Sie bleiben mit Ihren Einlassungen zur Integration ein gutes Stück hinter dem zurück, was für eine seriöse Debattenkultur in Bayern nötig wäre. Wenn Sie im Haushalt schon nicht die notwendigen Mittel für verstärkte Integrationsbemühungen bereitstellen wollen, so lautet unser Wunsch: Schütten Sie nicht noch Öl ins Feuer. Sie tragen Verantwortung für die Menschen im Land, im Übrigen auch für jene ohne deutschen Pass. Deshalb wünsche ich mir zur Mitte der Legislaturperiode an dieser Stelle von Ihnen deutlich mehr den Ministerpräsidenten und deutlich weniger den CSU-Parteivorsitzenden.

Nicht nur Mittel für die Integration werden nicht bereitgestellt. Der Ministerpräsident hat heute so getan, als sei der Haushalt, den wir hier behandeln, ein Kraftpaket. Richtig ist: Es ist ein abgemagerter Haushalt, weitgehend saft- und kraftlos infolge schwarz-gelber Steuergeschenke und des Landesbankdesasters.

**Der Haushalt ist kein Kraftpaket: Täglich zahlt  
der bayerische Steuerzahler 940.000 Euro  
nur an Zinsen für das Landesbank-Desaster.**

Es ist genau das eingetreten, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie im vergangenen Jahr bereits befürchtet haben und was Sie jetzt krampfhaft kaschieren wollen, dass Sie nämlich den Haushalt nicht dichtkriegen. Das war schon Ihre Befürchtung im Jahr 2010. Wir erinnern uns noch, was für ein Schlingerkurs das innerhalb der Koalition war. Diesen Schlingerkurs hatten Sie, Herr Kollege Schmid, eröffnet: Befristet müsse der Freistaat Bayern gegebenenfalls in eine Neuverschuldung hineingehen. - So Georg Schmid laut "Süddeutscher Zeitung" vom 19. Mai. Sie wurden daraufhin von Horst Seehofer zurechtgewiesen. Wenn es richtig ist, was die Medien beschreiben, hieß es damals: Maul halten; das wird wirken.

Auch Herr Hacker von der FDP sagte, wenn wir den Haushalt dieses Mal nicht dichtkriegen würden, müssten wir damit leben.

Wir wissen, wie die Geschichte geendet hat: Dem Ministerpräsidenten ging es am Ende so wie einem Mann, der auf dem Weg zum Konkursrichter noch vom Geldbriefträger eingeholt wird: Erst die November-Steuerschätzung, dann die Haushaltsrechnung 2010 mit Haushaltsverbesserungen und schließlich noch die Rückzahlungen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Fakt ist: Angeblich ist Ihr Haushalt ein Kraftpaket, aber die Investitionsquote im Haushalt steigt nicht etwa, sondern sie fällt von 13,8% auf 10,8 %.

Das ist eine der niedrigsten Investitionsquoten in der Haushaltsgeschichte des Freistaats Bayern. Auch singen Sie, Herr Ministerpräsident, heute wieder das Hohelied des ausgeglichenen Haushalts. Aber die Menschen glauben Ihnen das nicht; denn eines ist doch klar: Durch das Versagen bei der Landesbank und von deren Aufsicht ist die Verschuldung des Freistaats in Ihrer Regierungszeit um 40 % angestiegen.

Insgesamt mussten 10 Milliarden Euro neue Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um einen Zusammenbruch der Bayerischen Landesbank zu verhindern. 833 Euro neue Verbindlichkeiten waren das für jeden Bayern, pro Kopf, auf einen Schlag, vom Säugling bis zum Greis. Das Märchen vom ausgeglichenen Haushalt und dass Sie ihn dichtkriegen würden, glaubt Ihnen nun wirklich niemand mehr. Umgerechnet auf die Jahre 2009 bis 2013 sind wir wegen der Krise der Landesbank jedes Jahr mit zwei Milliarden neuen Schulden dabei. Täglich zahlt der bayerische Steuerzahler -nach wie vor - 940.000 Euro nur an Zinsen für das Landesbank-Desaster.

Wir streiten uns in den Landtagsausschüssen teilweise um Kleinstbeträge für soziale und Bildungseinrichtungen, die von den täglichen Zinszahlungen in Sachen Landesbankkredit um ein Vielfaches übertroffen werden. Bislang mussten die Steuerzahler in Bayern satte 456 Millionen Euro nur an Schuldzinsen für das von der CSU zu verantwortende Landesbankdesaster aufbringen. Die CSU-Schuldenuhr tickt weiter. Auch wenn der Untersuchungsausschuss vor Kurzem seine Arbeit abgeschlossen hat - die Probleme bleiben, und sie bleiben auch im bayerischen Staatshaushalt. Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss hat schwere Fehler bei den Verantwortlichen, auch bei CSU-Verwaltungsräten, festgestellt. Jetzt stellen wir heute fest, dass ausgerechnet jener Mann, der es nun Schwarz auf Weiß hat - auch aus den eigenen Reihen wurde ihm ins Stammbuch geschrieben, dass er zu den Mitverantwortlichen für das Landesbank-Desaster zählt -, dass ausgerechnet Georg Schmid für die CSU heute hier im Hohen Hause das Wort ergreifen und die finanzpolitische Solidität seiner Partei darstellen soll.

Wir sind wirklich gespannt, Herr Kollege Schmid, wie Sie Ihre Vorstellungen von finanzpolitischer Solidität am Beispiel Ihres persönlichen Wirkens hinsichtlich der Hypo Group Alpe Adria erläutern werden.

**Nur um kurzfristig politisches Kapital zu schlagen verlagert die Regierung die Kosten auf das Morgen und Übermorgen**

Die Lage ist weiterhin ernst. Die Landesbankaffäre überschattet nämlich nach wie vor die politische Kultur unseres Landes, und sie ist, wie dargestellt, auch eine schwere Hypothek für die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Freistaats in Gegenwart und Zukunft. Stellen wir die gesamten Landesbankzinszahlungen von 755 Millionen Euro im Doppelhaushalt Ihrem angeblichen "Aufbruch Bayern" entgegen, so kommen wir auf fast die gleiche Summe. Außerdem wird in vielen Bereichen gekürzt. Sie kürzen bei der Jugendarbeit in den Jugendverbänden, bei der Landesstelle für Schulsport, bei der Jugendhilfe, bei der Unterstützung behinderter Menschen in Bayern, bei der frühkindlichen Sprachförderung. Sie kürzen bei der Wohnraumförderung für Familien, bei der Städtebauförderung, insbesondere bei der "Sozialen Stadt", Sie kürzen bei der Krankenhausförderung und beim Hochwasserschutz, Sie kürzen bei der Baudenkmalpflege, Sie kürzen bei den staatlichen Museen und bei Bibliotheken und Archiven. Sie streichen wichtige Projekte bis zur Unkenntlichkeit zusammen, geben das Geld aber in Form von unverantwortlichen Steuergeschenken zum Beispiel den Hoteliers. Bis zum Ende des Jahres 2012 sind dies allein 180 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich halte das für eine gegenüber dem Allgemeinwohl in Bayern unverantwortliche Politik.

Und im Übrigen: Auch den Doppelhaushalt 2011/2012 können Sie eben nicht ohne neue Kredite ausgleichen. Vielmehr nehmen Sie Kredit auf beim eigenen Grundstockvermögen. Sie haben den Haushalt, meine Damen und Herren, eben nicht, wie im vergangenen Jahr angekündigt, "dichtgekriegt", wie Sie es formuliert haben. Die sogenannte rückzahlbare Ablieferung beim Grundstock beträgt im Jahr 2012 immer noch 582 Millionen Euro - eine finanzpolitische Notoperation. Auch mit Kulissenschieberei ist nicht zu verbergen: Sie verlagern in die Zukunft Kosten, die von unseren Kindern und Kindeskindern zu tragen sind.

Die Zuführungen in den Versorgungsfonds für die Pensionen unserer Beamten werden in den Jahren 2011 und 2012 eingefroren, und besonders interessant ist die Begründung für das Vorgehen. Heute haben wir hier die Lobgesänge des Bayerischen Ministerpräsidenten auf die Stärke unserer Wirtschaft und auf die boomende Konjunktur gehört; im Haushaltsgesetz liest sich das aber ganz anders. Dort heißt es - und das ist die Begründung dafür, dass es keine Zuführungen mehr in den Versorgungsfonds gibt -: "Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Bayern ist gestört" - ein wörtliches Zitat, meine Damen und Herren!

Damit wird die Aussetzung der Zuführungen an die Versorgungsrücklagen begründet.

Sehr verehrter Herr Finanzminister, würde man das als haushaltstechnischen Trick bezeichnen, ist das nichts anderes als Schönrednerei.

Gerade in diesem Punkt wird auf besondere Art und Weise deutlich, dass sich Ihr politisches Handeln eben nur auf die Gegenwart konzentriert, ohne Rücksicht auf das Morgen und Übermorgen und mit weitreichenden Folgen für die nächsten Jahrzehnte, nur damit Sie selbst kurzfristig politisches Kapital daraus schlagen können.

Mit dieser Politik üben Sie das Gegenteil von Generationengerechtigkeit; denn Ihre Zeche müssen am Ende unsere Kinder und Kindeskinde bezahlen. So viel steht fest.

**Die sich endlich verbessernden Beziehungen  
zum Nachbarland Tschechien sollten zu  
vielen gemeinsamen Projekten genutzt werden**

Zur Rückschau in der Mitte der Legislaturperiode, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört es auch, an der einen oder anderen Stelle, wo es sich anbietet, die Staatsregierung einmal zu loben, und das will auch ich zumindest in einem Punkt tun.

Wir Sozialdemokraten, Herr Ministerpräsident, halten es - und das ist auch keine Kritik, die in irgendeiner Form vergiftet wäre - für absolut begrüßenswert und für erfreulich, dass sich die politischen Beziehungen zu unserem Nachbarland Tschechien auch auf der Ebene der Regierungschefs offensichtlich normalisieren.

Die 350 Kilometer lange gemeinsame Grenze zu unserem Nachbarn darf nicht länger trennen, sondern soll zunehmend verbinden. Wir bayerische Sozialdemokraten haben über viele Jahre hinweg gefordert, dass gerade auch der Bayerische Ministerpräsident endlich Brücken nach Prag bauen soll; Sie sind dieser Forderung nachgekommen. Wir haben gefordert, dass wir die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht nur endlich normalisieren, sondern eine vertiefte Partnerschaft anstreben, die die engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern, Böhmen und Mähren zu neuer Blüte führt, zu einer mitteleuropäischen Zukunft, in der die Geschichte nicht länger trennt. Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, die neuen, sich verbessernden Gesprächskontakte auch auf das Thema zu lenken, das uns offensichtlich allen auf den Nägeln brennt, nämlich auf den Ausstieg aus der Atomenergie. Unsere Nachbarn im Osten sehen ihr tschechisches Atomkraftwerk in Temelin immer noch so, wie die CSU noch vor wenigen Wochen das bayerische Atomkraftwerk Isar 1 betrachtet hat.

Ich bin aber überzeugt, dass das Thema Temelin bei Ihrer nächsten Zusammenkunft mit dem tschechischen Ministerpräsidenten ein zentrales Thema sein sollte. In jedem Fall begrüßen wir ausdrücklich diesen erkennbaren, wenn auch überfälligen Kurswechsel im Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn. Wir fordern Sie auf, die sich verbessernden Beziehungen mit vielen konkreten gemeinsamen bayerisch-tschechischen Projekten zu untermauern, und wir sichern Ihnen zu: Sie haben dabei auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion.

Nichtsdestotrotz gibt es auch einige Themen, bei denen Schwarz-Gelb nicht auf einen Nenner kommt. Sie alle aufzuführen, würde heute den zeitlichen Rahmen sprengen. Ich nenne nur ein Beispiel: Gentechnik.

Der bayerische Wissenschaftsminister hat am Montag vergangener Woche auf dem Wissenschaftscampus in München-Martinsried für die Agrogentechnik in Bayern geworben. Nach Staatsminister Dr. Heubisch müsse man auch Freilandversuche mit genmanipulierten Pflanzen wieder aufnehmen, um keine angeblich negativen Folgen für die bayerische Wissenschaft und Wirtschaft hervorzurufen.

Wir kennen die tatsächliche Haltung der Bayerischen Staatsregierung zum Thema Agrogentechnik nicht; auch von Ihnen haben wir dazu noch kein deutliches Wort gehört. Und wenn doch, dann hätten Sie spätestens am letzten Montag Herrn Staatsminister Dr. Heubisch zurückpfeifen müssen, Herr Ministerpräsident.

Als SPD formulieren wir ein klares Nein zur Agrogentechnik und fordern die Staatsregierung auf, endlich dem Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas beizutreten.

**Mehr Demokratie wagen: Ein Informationsfreiheitsgesetz  
stärkt nicht nur die Beteiligungsrechte der Bürger,  
es fördert auch die Akzeptanz staatlichen Handelns.**

Es gibt einige Versprechungen, die Sie geleistet haben, die man nicht alle im Einzelnen aufführen muss. Aber Sie haben gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit den Menschen in Bayern versprochen, dass Sie einen neuen Stil pflegen wollten, sowohl hier im Hohen Haus als auch im Dialog mit den Menschen. Abgesehen von einem medial aufgepumpten Internetchat und einigen modischen und recht teuren Internetpodcasts ist davon aus meiner Sicht nicht viel übrig geblieben.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat Ihnen eine ganze Reihe von sehr konkreten Vorschlägen unterbreitet, wie eben tatsächlich mehr Mitwirkung, mehr Mitsprache der Bürger unseres Landes gewährleistet werden kann.

Wir haben als erste Fraktion - andere sind uns gefolgt - ein Informationsfreiheitsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger sollen ohne Angabe von Gründen freien Zugang zu Informationen von bayerischen Behörden bekommen. Bei diesen Informationen und Auskünften kann es etwa um die Planung eines Kindergartens, die Sauberkeit eines Badesees oder den Bau einer Umgehungsstraße gehen. Persönliche Daten sollen dabei geschützt werden.

Ein solches Informationsfreiheitsgesetz stärkt nicht nur die Beteiligungsrechte der Bürger, es fördert auch die Akzeptanz staatlichen Handelns. Wir bedauern es sehr, dass unsere Initiative von Schwarz-Gelb abgelehnt wurde. Das wäre ein Beitrag gewesen, meine Damen und Herren, zu der von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer versprochenen Bürgernähe.

Die SPD-Fraktion hat Sie darüber hinaus beim Wort nehmen wollen, dass die Menschen in Bayern ihre Belange wieder vermehrt auch selbst in die Hand nehmen können, dass sie selbst bestimmen sollen, wo es langgeht. Es sollte aber aus unserer Sicht eben nicht nur bei leeren Worten bleiben; wir sollten tatsächlich mehr Demokratie wagen.

Deshalb hat die SPD einen Gesetzentwurf eingebracht, die Volksgesetzgebung in Bayern nach dem Vorbild Wilhelm Hoegners weiter auszubauen: Wir wollen die Bürger intensiver an den demokratischen Prozessen beteiligen. Wir fordern, die Eintragsfrist beim Volksbegehren von 14 Tagen auf einen Monat zu verlängern. Außerdem soll die Unterzeichnungserklärung beim Volksbegehren nicht nur in den von den Gemeinden bestimmten Eintragungsräumen abgegeben werden können, sondern auch in freier Sammlung.

Das ist ein ganz konkreter Vorschlag von uns gewesen - CSU und FDP haben das abgelehnt. Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitsprache, mehr konkrete Partizipation - das wollen Sie offensichtlich



nicht. Und auch heute sind Sie uns eine konkrete Antwort darauf schuldig geblieben, wie Sie Ihre Versprechen vom Beginn der Legislaturperiode jetzt umsetzen wollen, Herr Ministerpräsident.

**Die Selbstdarstellung des Regierungschefs  
kostet die Steuerzahler in Bayern so viel  
Geld wie in keinem anderen Bundesland.**

Stattdessen vergeuden Sie - auch in diesem Haushalt - eine Unmenge an Geld für die Image-Werbung der Bayerischen Staatsregierung.

Die Selbstdarstellung des Regierungschefs, meine sehr verehrten Damen und Herren, kostet die Steuerzahler in Bayern so viel Geld wie in keinem anderen Bundesland. Die unverhältnismäßig hohen Ausgaben zum Zwecke der Selbstvermarktung der Regierung Seehofer sind aus unserer Sicht mit dem Streichkonzert in Kultur-, Jugend- und Sozialbereich in keinster Art und Weise zu vereinen. Klar ist auch, dass dann der stellvertretende Ministerpräsident Zeil in nichts nachstehen will. Er gönnt sich nun zur besseren Vermarktung seiner selbst eine Neben-Staatskanzlei: Mehrere Stellen werden dafür neu geschaffen, 382.000 Euro kostet das Ganze. Meine Damen und Herren, Herr Zeil ist kein Bürokratieabbau, sondern ganz offensichtlich ein Bürokratieaufbauminister!

Repräsentanz und Image ist alles. Image-Politur betreibt der Regierungschef auch, wenn er eine Aufwertung des ländlichen Raums in der Bayerischen Verfassung fordert. Ich bin überrascht, dass heute vom Herrn Ministerpräsidenten nicht nur nichts zur Integration kam - kein einziges Wort, obwohl es doch ein so zentrales Thema ist, das seinen Niederschlag in unserer Verfassung finden muss -, sondern auch kein einziges Wort zum ländlichen Raum.

**Das Geld soll dort eingesetzt werden, wo es am  
meisten fehlt, um der Schaffung gleichwertiger  
Lebensbedingungen in ganz Bayern Geltung zu verschaffen.**

Da hat ihm sein Zukunftsrat sein Porzellan zerdeppert und die ländliche Bevölkerung gegen die CSU aufgebracht. Schon wird hastig mit einem durchsichtigen Manöver schnell die Beruhigungsspielle organisieren, dass der ländliche Raum in der Verfassung aufgewertet werden soll. Herr Ministerpräsident, Sie haben es in der Exekutive in der Hand, mehr für die ländlichen Räume zu tun. Im Doppelhaushalt spielen aber die strukturschwachen Gebiete in Bayern allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die großen Brocken werden weiterhin insbesondere auf die Metropolregionen konzentriert. Wir sagen: Das Geld soll dort eingesetzt werden, wo es am meisten fehlt, um dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern Geltung zu verschaffen.

Heute will ganz gewiss niemand den Eindruck erwecken, der demografische Wandel und in der Folge die Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten könnten durch die Politik per Knopfdruck korrigiert werden. Aber eines ist doch klar: Jede Region hat ihre eigenen Herausforderungen und braucht deshalb auch eigene Lösungsansätze. Deshalb dürfen die ländlichen Regionen nicht von den Zentren und Metropolen aus definiert werden. Sie sind keine Resträume. Herr Ministerpräsident, wir hätten uns heute dafür interessiert, wie Sie genau das organisieren wollen.

Noch beim "Politischen Aschermittwoch" in Passau haben Sie große Themen verkündet, die Sie das ganze Jahr über mit Ihrer Partei durchdringen wollen. Interessanterweise ist es heute in Ihrer Regierungserklärung bei ein paar leeren Worthülsen wie aus einem Marketingkatalog geblieben. Das ist keine Politik, die sich die Menschen im Freistaat Bayern wünschen. Das steht für mich fest.

Wie Sie Politik für die ländlichen Räume machen, das lässt sich am Beispiel der Elektromobilität besonders gut darstellen. Bei diesem wichtigen Zukunftsthema, bei dem es um die Modernisierung unseres Landes geht und darum, eine Brücke für die Automobilindustrie zu schlagen, die einen Strukturwandel durchmacht, hat die Staatsregierung jahrelang geschlafen und den notwendigen Umbau politisch nicht begleitet. Horst Seehofer ist dann im Jahre 2009 bei seiner Reise durch China aufgefallen, dass es auch elektrische Antriebstechniken bei der Mobilität gibt. Schwuppdwupp wurden aus dem Handgelenk ein paar Steckdosen für Bad Neustadt in der Rhön, für Garmisch-Partenkirchen und für den sogenannten E-Wald in Ostbayern organisiert. Das Ganze findet – wie uns das die Protagonisten vor Ort glaubhaft versicherten - ohne jegliche Koordination durch die Staatsregierung statt. Hauptsache, man hat wieder ein wenig mehr Mobilität und Innovation in den Medien-Bulletins sowie ein paar warme Worte für diejenigen, die in den strukturschwachen Gebieten leben.

**Vorausschauende Politik bei Seehofer?  
Nein: Auf den allerletzten Drücker**

Vorausschauende Politik sieht anders aus. Die "vorausschauende Politik", wie sie von Ihnen gehandhabt wird, ist auch in einem anderen Bereich deutlich geworden: Jahrelang war klar, dass es im Schuljahr 2011/2012 einen doppelten Abiturjahrgang im Freistaat Bayern geben wird. Klar war, dass die Studierendenzahlen stark ansteigen werden. Dass die Wehrdienstreform hinzukommen wird, konnte damals noch niemand ahnen. Wie handelte die Staatsregierung? - Sie hat nicht etwa vorausschauend die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Nein: Auf den allerletzten Drücker mussten neue Studienplätze geschaffen werden. Der Wissenschaftsminister musste eingestehen, dass diese Maßnahmen in Wahrheit vorne und hinten nicht reichen und dass der Freistaat Bayern noch mindestens 10.000 weitere Studienplätze benötigt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so sieht vorausschauende Politik eben nicht aus.

Ein letztes Beispiel: Die SPD hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode parlamentarische Initiativen für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in allen Orten Bayerns als Teil der Daseinsvorsorge ergriffen. Der damals zuständige Staatsminister Huber hat dies konsequent abgelehnt, weil dies keine staatliche Aufgabe sei. Er lehne dieses planwirtschaftlich angelegte sozialistische System der SPD völlig ab. Heute sind wir glücklicherweise etwas weiter. Aber das von Herrn Staatsminister Zeil organisierte Bürokratie-Monstrum in Sachen DSL-Förderung stellt die Kommunen - das ist die höfliche Formulierung - immer noch vor erhebliche Herausforderungen. Die inzwischen verloren gegangene Zeit bedeutet für den Freistaat einen volkswirtschaftlichen Schaden, insbesondere im ländlichen Raum.

Wir sagen: Soziale Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Als SPD haben wir deshalb auch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, wie der ländliche Raum aufgewertet werden kann. Wir haben deutlich gemacht, dass der Kabinettsbeschluss vom März 2010, wonach es keine neuen Hochschulen für angewandte Wissenschaften mehr geben soll, aus unserer Sicht ein Fehler ist. Die SPD fordert flexible Standards für alle Bereiche des täglichen Lebens, die der Staat auch bei sinkenden Einwohnerzahlen verantworten kann und verantworten muss. Das Wichtigste für den ländlichen Raum ist eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen. Auch hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge in den Bayerischen Landtag eingebracht. Der wichtigste dieser Vorschläge ist, dass die Verbundquote im Kommunalen Finanzausgleich jährlich um 0,5 Prozentpunkte bis zu einer Endstufe von 15 % erhöht werden soll. Davon hätten die Kommunen ganz konkret etwas.

**Lediglich 5 Prozent aller Schulkinder kommen in den Genuss von Ganztagsangeboten. Der Haushalt wird an den Schulen in Bayern erkennbar nichts verbessern.**

Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Wort zur Integration gesagt, obwohl diese für Sie angeblich ein zentrales Thema ist. Sie haben auch kein Wort zu den ländlichen Räumen gesagt, obwohl diese doch ebenfalls für Sie ein zentrales Thema sind. Es ist wohl auch kein Zufall, dass Sie der Schulpolitik in Ihrer Regierungserklärung kein Augenmerk geschenkt haben. Zu Beginn der Legislaturperiode hatten Sie noch versprochen, für kleinere Klassen und mehr Lehrer zu sorgen. Die Schüler, Eltern und Lehrer an den Schulen warten jedoch bis heute weitgehend vergebens auf erkennbare Verbesserungen. Bei den Ganztagsschulangeboten ist Bayern weiterhin auf einem der letzten Plätze aller Bundesländer. Lediglich 5 % aller Schülerinnen und Schüler im Freistaat kommen in den Genuss von schulischen Ganztagsangeboten. Auch durch diesen Haushalt wird sich an den Schulen in Bayern erkennbar nichts verbessern. So steht fest: Knapp die Hälfte der Mehrausgaben beim Schulpersonal geht an die Pensionäre. Die Steigerungen sind auf die Beihilfe und die Versorgung zurückzuführen.

1.320 Lehrerstellen braucht Herr Dr. Spaenle allein, um die Rückführung der Arbeitszeiterhöhung zu kompensieren. Diese Stellen bedeuten also keine zusätzlichen Lehrer an den Schulen. Diese Lehrerstunden kompensieren vielmehr zu einem hohen Teil die Arbeitszeitverkürzung. Sie machen eine Schulpolitik weit weg vom Bedarf und von den Bedürfnissen der Betroffenen. Leider müssen wir feststellen, dass der Bildungserfolg unserer Jugendlichen immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Noch immer fällt im Freistaat Bayern viel zu viel Unterricht aus. Noch immer werden Lebenswege von Kindern mit dem zehnten Lebensjahr vorgezeichnet. Noch immer macht Bayern bei der Bildungsgerechtigkeit keine Fortschritte.

**Die SPD-Fraktion möchte mit der Gemeinschaftsschule den Weg von Fortschritt und Innovation beschreiten**

Die SPD hat mehrere parlamentarische Initiativen eingebracht, unter anderem für eine umfassende Lernmittelfreiheit und für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz, weil es nicht so bleiben darf, dass ein Kind aus einer Familie in schwächeren Verhältnissen eine vielfach geringere Chance hat, das Abitur zu machen, als ein Kind in gut situierten Verhältnissen. Ein Ganztagsschulplatz hilft im Übrigen auch jenen, die in besonderer Weise darauf angewiesen sind, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Alleinerziehende sind regelrecht darauf angewiesen. Sie haben nämlich in Bayern ein Armutsrisiko von 42 %. Mehr als 160.000 Kinder in Bayern leben unterhalb der Armutsgrenze. Mit der Ganztagschule wird teure Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung wieder in die Schule zurückverlagert.

Wir Sozialdemokraten wollen an Bayerns Schulen ein Lernangebot, das auf jedes Kind individuell zugeschnitten ist. Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht und möchte mit der Gemeinschaftsschule den Weg von Fortschritt und Innovation in der Schulpolitik beschreiten. Wir wollen damit nicht andere Schularten abschaffen. In unserer Schule der Zukunft steht jedoch die individuelle Förderung im Vordergrund. Die Lehrpläne sind konsequent auf die Kinder abgestellt. Wir stehen für ein Lernen ohne Brüche und ohne Druck in einer Kultur des Miteinanders. Jede Schülerin und jeder Schüler erhält das Lernangebot, das für sie oder für ihn am besten passt, im Übrigen werden auch die Leistungsstarken in besonderer Art und Weise gefördert.

Die Gemeinschaftsschule ist auch eine konsequente Antwort auf ein ganz zentrales Problem im ländlichen Raum. In den vergangenen zehn Jahren mussten mehr als 700 Schulstandorte im Frei-

staat Bayern schließen. Die Gemeinschaftsschule funktioniert mit ihrem innovativen pädagogischen Konzept bereits in Einheiten ab 100 Schülerinnen und Schülern. Die Kinder können bis zur zehnten Klasse in ihrem Heimatort zur Schule gehen. Die wohnortnahe Schule ist wichtig. Wenn wir feststellen, dass es an dieser Stelle ein Problem gibt, wenn wir gemeinsam der Meinung sind, dass Schüler eben nicht eine Stunde bis zur Schule und wieder zurück transportiert werden sollen, dann müssen wir mit dem Schulkonzept den Weg der Innovation gehen. Aus meiner Sicht ist dieses Konzept völlig alternativlos. Die Stagnation in Ihrer Schulpolitik ist in Wahrheit ein Rückschritt, der für unser Land nicht zu verantworten ist.

Eine bessere Schulpolitik mit mehr Ganztagschulangeboten, eine flächendeckend und bedarfsgerecht organisierte Kinderbetreuung wären im Übrigen ein realer Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit großer Sorgfalt hat die CSU im vergangenen Jahr eine Diskussion zur Frauenquote inszeniert, die im Konkreten jedoch weitestgehend ohne Belang geblieben ist. Frauen spielen de facto mit Horst Seehofer an der Spitze weder im Kabinett noch in der CSU eine größere Rolle als früher.

**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit,  
Mindestlöhne: von CSU und FDP abgelehnt.  
200.000 Beschäftigte in Leiharbeit.**

Wie wenig ernst es die Regierungsfractionen es mit der Gleichstellung meinen, zeigt die Tatsache, dass alle parlamentarischen Initiativen der Opposition abgelehnt wurden. Die SPD fordert die flächendeckende Einführung der Quotierung in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen sowie die Beseitigung geschlechtsbedingter Lohnunterschiede. Mit unserer in den Landtag eingebrachten Änderung des Gleichstellungsgesetzes wollten wir erreichen, dass im öffentlichen Dienst in Bayern bei gleicher Eignung Frauen bevorzugt zumindest in den Bereichen eingestellt werden, in denen sie unterrepräsentiert sind. In Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen wird die Quotierung bei der Einstellung und Beförderung bereits angewandt, um eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils zu erreichen.

CSU und FDP haben auch diese unsere Initiative abgelehnt. Ihre angebliche Öffnung zu einer engagierteren Frauenpolitik in der CSU bis hin zu einem Come-together-Abend mit Generalsekretär Alexander Dobrindt in Lachshäppchenatmosphäre ist nichts anderes als eines der vielen Showelemente Seehoferschen Ursprungs.

Weit aus dem Fenster gelehnt hat sich der Ministerpräsident zu Beginn des Jahres in Wildbad Kreuth, als er in Anwesenheit des DGB-Chefs in Bayern Sympathie für das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zeigte. Er sagte, er habe sogar Sympathien für den Mindestlohn. Im Bund hat er bei den Verhandlungen über Hartz IV den Bremser gegeben - ganz anders, als er es heute dargestellt hat. Dabei hätte es die Gelegenheit gegeben, hier im Freistaat Bayern etwas für faire Löhne zu tun. Wir, die SPD-Fraktion, haben den Entwurf eines Vergabegesetzes eingebracht, das von der CSU und der FDP abgelehnt wurde. Wir wollten damit sicherstellen, dass nur solche Unternehmen von den öffentlichen Händen einen Zuschlag für ausgeschriebene Arbeiten erhalten sollen, die sich bei der Abgabe des Angebots verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Tarifen zu entlohnen, wenigstens aber Mindestlöhne bezahlen.

Eine zentrale Forderung der SPD war ein definierter Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde, soweit die vorgesehenen Löhne 8,50 Euro unterschreiten oder soweit es keine Tarifverträge gibt. Die Beachtung ökologischer Kriterien und die Frauenförderung sollten dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Auch dies wurde von der CSU und der FDP abgelehnt. Der Ministerpräsident zeigte entgegen seinen Be-

kundungen vor Mikrofonen und Journalisten überhaupt keinen Eifer, sich für gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen im Freistaat Bayern einzusetzen.

Er nimmt es auch hin, dass in Bayern mittlerweile knapp 200.000 Beschäftigte in Leiharbeit tätig sind und dabei nur knapp die Hälfte dessen verdienen, was ein regulär Beschäftigter für die gleiche Arbeit erhält. Der Aufschwung muss doch jetzt auch bei denen ankommen, die ihn maßgeblich erarbeitet haben. Einen entscheidenden Anteil zum Aufschwung trug doch nicht die Bayerische Staatsregierung bei, wie es von Ihnen, Herr Ministerpräsident, selbstgefällig dargestellt wurde.

Zum Aufschwung trugen unter anderem auch die Beschlüsse der Großen Koalition, die Konjunkturpakete von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück und die von Olaf Scholz initiierte Kurzarbeit bei. Ausschlaggebend für diesen Aufschwung war der Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat Bayern. Diese müssen an diesem Aufschwung jetzt auch partizipieren können, Herr Ministerpräsident.

**Seehofers Politik: Eine Fülle von leeren Versprechungen.  
Das große Projekt fehlt. Die Leistungsbilanz ist eine Leerstelle.  
Wertvolle Zeit für die Modernisierung in unserem Land wurde vertan.**

Es gibt eine Fülle von Beispielen für leere Versprechungen des Bayerischen Ministerpräsidenten aus den vergangenen zweieinhalb Jahren. Es gab große Worte, die tatsächliche Leistungsbilanz ist aber nicht mehr als eine bloße Leerstelle. Das große Projekt fehlt. Wichtige und notwendige Weichenstellungen werden im Kabinett nicht vorgenommen. Die Regierung fungiert vorwiegend als Zentralorgan bloßen Verwaltungshandelns und als Maschine zum Abspulen wohlklingender Presseverlautbarungen.

Ich fasse deshalb zusammen: Die Staatsregierung hat in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren Energien und Ressourcen im schwarz-gelben Koalitions-Klein-Klein und in Abgrenzungskämpfen zueinander geradezu verschleudert. Wertvolle Zeit für die wichtige Modernisierung in unserem Land wurde vertan. Die Staatsregierung hat bis heute kein tragfähiges Konzept dafür erarbeitet, wie in Zeiten der Globalisierung, der Energiewende und des demografischen Wandels der Wohlstand in unserem Land gehalten werden kann und wie er dort noch ausgebaut werden kann, wo es Rückstände gibt. Die finanziellen Handlungsspielräume des Freistaats wurden durch schwere Fehler bei der Landesbankaufsicht und durch steuerpolitische Fehlsteuerungen im Bund massiv verknappt. Die angebliche Energiewende von Schwarz-Gelb ist bis heute unglaublich. Sie wird haushalterisch nicht nur nicht vollzogen, sondern geradezu konterkariert.

Notwendige schulpolitische Weichenstellungen werden verschleppt. Innovation und Fortschritt in der Bildung - soviel scheint heute festzustehen - wird es mit Schwarz-Gelb nicht geben. Diese Stagnation bedeutet Rückschritt.

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen werden von Schwarz-Gelb vertagt. Der Staatsregierung ist es sogar gelungen, die Stadt- und die Landbevölkerung vollkommen ohne Not gegeneinander aufzubringen. Der Ministerpräsident hat heute eine Halbzeitbilanz aus mitunter erfreulichen wirtschaftlichen Kennzahlen vorgelegt, die aber ganz gewiss nicht die Bayerische Staatsregierung erwirtschaftet hat und die sie nicht zu verantworten hat.

Der Ministerpräsident badet geradezu in einer marketingmäßig aufbereiteten Fülle von politischen Themen. Er packt sie jedoch nicht an. Auch das ist heute wieder deutlich geworden. Die Regierung Seehofer denkt und handelt allenfalls in Quartalschritten. Oft hat man den Eindruck, dass sie einfach in den Tag hineinlebt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die letzten zweieinhalb Jahre hier im Hohen Hause haben aber auch gezeigt, dass es politische Alternativen gibt.

Ich habe heute wenigstens anhand einiger Punkte aufgezeigt, welche Initiativen wir ganz konkret im Bayerischen Landtag eingebracht haben und was wir anders machen würden.

Die Opposition aus SPD, Freien Wählern und GRÜNEN - das betone ich deswegen, weil es keinesfalls selbstverständlich ist - arbeitet in freundschaftlichem Wettbewerb, teilweise mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Schwerpunktsetzungen gut und vertrauensvoll zusammen. Sie arbeitet zumindest weit besser und zielführender zusammen als CSU und FDP in der Regierung jemals dazu in der Lage wären.

Uns in der Opposition eint mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Erkenntnis, dass unsere Heimat eine bessere Regierung verdient hat.

Wir arbeiten konzentriert und konstruktiv darauf hin, Schwarz-Gelb nach Möglichkeit bereits 2013 abzulösen. Eines ist klar: Schwarz-Gelb hat kein Konzept. Schwarz-Gelb hat abgewirtschaftet. Bayern hat mehr drauf. Bayern kann es besser.